

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Arif Taşdelen

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen - Das Asylchaos innerhalb der EU beenden (Drs. 19/2093)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Böhm für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland stellt regelmäßig für sogenannte Asylbewerber, die andernorts registriert wurden, aber dann hier bei uns aufscheinen, beim Erstaufnahmeland sogenannte Übernahmeersuchen. Diese finden mittels Zustimmungsfiktion zwar meist de jure statt, de facto scheitern sie aber am bewussten Ignorieren der nachfolgenden Überstellungsgesuche durch unsere europäischen Freunde. Sie lassen diese bewusst verfristen und bülden damit dem deutschen Steuerzahler allein 2024 einen Schaden von über 1 Milliarde Euro auf. Sie schonen so die eigene Kasse und schützen so ihr eigenes Volk.

2023 waren die Anträge auf Dublin-Überstellungen 39.000-mal Makulatur. 39.000-mal wird nun ungebeten unsere Kultur bereichert. Um das Unerhörte anschaulich zu machen: Wegen dieser Verweigerungshaltung unserer europäischen Freunde muss der deutsche Staat dauerhaft eine Stadt in der Größe Ansbachs finanzieren. Jährlich kommt ein weiteres Ansbach hinzu.

(Zuruf)

Zugleich klopfen sich die Verwaltungen der europäischen Freunde vor Lachen auf die Schenkel, wenn irgendwo im Latium ein Fax des BAMF aus dem Gerät rollt und sei-

nen direkten Weg in den Reißwolf findet. Italien argumentiert seine Totalverweigerung seit 2022 mit fehlenden Aufnahmekapazitäten. Wie unerhört ist das denn? Hauptsache, bei uns werden in friedlichen Dörfern Containersiedlungen für alleinreisende Männer aus dem Boden gestampft. Mütter und Töchter werden verängstigt und alle anliegenden Grundstücke zeitgleich entwertet. Hauptsache, in Starnberg wird eine dem Ortsbild angemessene Unterkunft für Neubürger gebaut, während sich ansässige junge Familien dort schon lange keine Wohnung mehr leisten können.

Besonders beschämend ist, dass die Länder, die vom deutschen Tourismus profitieren, die Dublin-Verordnung am lieblichsten umsetzen: Italien, Österreich, Kroatien und – nicht zu vergessen – Griechenland. Von 5.500 Übernahmeersuchen 2023 waren dort nur ganze drei erfolgreich. Das ist also der Dank dafür, dass wir dem griechischen Staat seinerzeit mit deutschen Bürgschaften den sprichwörtlichen Boppes gerettet haben.

Leicht tun sich unsere europäischen Freunde vor allem, weil die Dublin-Regeln für die Überstellungsgesuche nur wenige Fristen kennen, die länger wären als sechs Monate. Der Sekundärmigration nach Deutschland ist gleichsam per EU-Versagen Tür und Tor geöffnet. Das Aussitzen von Fristen darf nicht länger zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland führen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Überstellungsfristen müssen aufgehoben werden, damit Übernahmeersuchen dauerhafte Wirkung gegen unsere Nachbarn entfalten. Das ist der Tenor unseres Antrags. Dafür muss sich die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene einsetzen.

Ganz abstrus ist im Lichte des Geschilderten der Ansatz im umstrittenen Sicherheitspaket der Fraktionen, die in Berlin die Ampel-Abrisstruppe tragen. Dublin-Fälle sollen keine Sozialleistungen mehr erhalten, aber nur, wenn der eigentlich zuständige EU-Staat der Überstellung auch zustimmt. Welche unfassbaren Luftnummern werden den Menschen aufgetischt? Wie wohltuend ist im Gegensatz zum linksgrünen Irrsinn das

morgen in Berlin zu debattierende Zustrombegrenzungsgesetz, eingereicht von den Schwarzen, aber inhaltlich in vielen, in fast allen Bereichen von den guten Ideen der Alternative für Deutschland inspiriert. Einmal mehr gilt: AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD)

Zumindest beim Abkupfern haben Sie bereits Ihren Brandmauerfetisch zur Seite gelegt. Dennoch müssen Sie noch viel am Kompass arbeiten, bevor Sie die Reife haben, gemeinsam mit uns das Land auf den richtigen, auf den rechten Weg zurückzuführen. Bereiten Sie Bayern einen denkwürdigen Abend: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Karl Straub das Wort. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhm, wovon träumen Sie in der Nacht?

(Anna Rasehorn (SPD): Das wollen wir nicht wissen! – Weitere Zurufe)

Sie haben gerade gesagt, die CSU lässt sich von der AfD inspirieren. Es gibt für die CSU nichts Ferneres, als sich von der AfD zu irgendetwas inspirieren zu lassen.

(Martin Böhm (AfD): Ich zitiere den Gesetzestext!)

Das macht mir ganz schlimme Gedanken im Kopf, und die habe ich sehr selten.

(Zurufe von der AfD)

Von der AfD lasse ich mich und lassen sich alle demokratischen Parteien bestimmt nicht inspirieren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie sagen, dass wir bewusst durchleiten. Das ist eine absolute Frechheit. Gerade wir Regierungsfraktionen weisen vehement darauf hin, dass neben vielen anderen Maßnahmen, die tatsächlich getroffen werden müssen, Dublin wieder eingeführt werden muss. Ich weise darauf hin, dass die CSU das schon seit 2015/2016/2017 macht, weil nämlich eine Begrenzung der Zuwanderung zu einer humanen Flüchtlingspolitik führt; davon bin ich tief überzeugt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Ich will überhaupt nicht so lang reden. Sie reden von europäischen Freunden. Erzählen Sie mir mal, welchen Freund die AfD in Europa hat. Mir fällt keiner mehr ein. Sogar den Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament sind Sie zu rechtsextrem. Welche europäischen Freunde haben Sie?

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Russland!)

Ich weiß nur, dass Sie russische Freunde haben, aber im EU-Parlament haben Sie keinen Freund. Also reden Sie nicht von europäischen Freunden. Das können wir tun, Sie aber mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Man wundert sich ja immer, wenn Sie die Anträge einreichen. Wir müssen für die Menschen, die sich unseren Livestream vielleicht zur späten Stunde noch anschauen, sagen: Dieser Antrag wurde am 10. Juli im Rechtsausschuss ausführlich beraten; wir sind darauf eingegangen. Ich glaube, ich bin jetzt darauf gekommen, warum Sie das noch einmal einreichen: Damals hat Herr Maier Bericht erstattet; der ist inzwischen gegangen. Sie haben es wahrscheinlich nicht mitbekommen. Ich gebe Ihnen den Tipp, das nächste Mal, wenn Sie das Bedürfnis haben, das noch einmal zu wissen, zuerst mit Ihrem eigenen Referenten zu reden und uns nicht unsere Zeit zu stehlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herzlichen Dank. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich alle Hochzieher, die wir bisher behandelt haben, sind aus dem Monat Juli. Anscheinend brauchen Sie wieder Filme für Ihren YouTube-Kanal. Deshalb müssen Sie jetzt den Plenarsaal nutzen, um Anträge, die in den Fachausschüssen ausführlich besprochen worden sind, hier noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Ihr Antrag ist ehrlich gesagt auch sachlich absolut falsch, weil darin wieder steht, aber das ist auch keine Überraschung: Da kommt einer, der schon in einem europäischen Land Asyl beantragt hat. Der kommt ohne Identitätspapiere über die bayerische Grenze nach Bayern; das steht in Ihrem Antrag. Dann bekommt er hier Asyl, und – Überraschung – er bekommt auch noch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sorry: Das ist Ihre Art, Politik zu betreiben. Das machen Sie sehr gerne, dass Sie den Leuten draußen irgendwelche Märchen erzählen; denn Angst ist Ihr Geschäft. Das ist Ihr Geschäftsmodell, und das bedienen Sie.

Auf der anderen Seite zeigt das eigentlich auch, dass Sie mit ihrem Deutschsein ein richtiges Problem haben. In allen Anträgen, die wir bisher behandelt haben, war kein Vertrauen in die deutschen Institutionen. Also, AfD, sind die deutschen Institutionen wirklich so blöd und bescheuert, wie Sie das in diesen Anträgen immer darstellen? Haben wir lauter Hampelmänner in Gerichten sitzen, in den Institutionen sitzen?

Schauen Sie sich an, was die Dublin-Verordnung ist. Man kann nicht mit einem Antrag, den man hier im bayerischen Landesparlament stellt, aus der Dublin-Verordnung heraus. Das ist ja auch eine Anmaßung, die interessant ist. Was ist Dublin? Dublin ist eine Einigung auf europäischer Ebene, die auch notwendig war, um eine vernünftige Verteilung hinzubekommen, weil natürlich die Mittelmeeranrainerstaaten immer die Geflüchteten abbekommen haben. Wenn sich jemand in einem anderen Land regis-

triert hat und trotzdem nach Bayern kommt, haben wir sechs Monate Zeit, die Überführung in Absprache durchzuführen. Das ist Dublin.

Jetzt kommt 2026 GEAS. GEAS wird Dublin ersetzen; denn dann ist der Verteilungsschlüssel zumindest geregelt. Das europäische Land, das nicht aufnimmt, muss zahlen. Daher wird GEAS Dublin ablösen; so ist der Sachstand. Also hören Sie auf, den Menschen falsche Informationen zu geben und die Dinge so darzustellen, dass Sie die Ängste und Unsicherheiten schüren. Ich frage mich manchmal: Wenn Ihnen das Thema Corona und Geflüchtete abhandenkommt, sind Sie erledigt. Darauf arbeiten wir hin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das EU-Parlament und der Europäische Rat haben sich Ende 2023 auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Vereinbart ist wirksamer Schutz an den EU-Außengrenzen, verbindliches Screening an den Außengrenzen, Asylgrenzverfahren, ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus und eben auch eine Verlängerung der Überstellungsfristen nach Dublin III auf drei Jahre bei Untergehten.

Es gibt dabei zwei Wermutstropfen. Zum Ersten: Zentrale Teile gelten leider nur in Ausnahmefällen. Zum Zweiten: Das alles tritt erst im Juni 2026 in Kraft, diese Überstellungsfristen sogar erst im Juli 2026. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dieser Tage verlauten lassen, dass er beim EU-Gipfel am Donnerstag dafür werben will, den Pakt schneller umzusetzen. – Olaf Scholz als Werbefigur für die Beschleunigung von Problemlösungen? – Ich glaube, da dürfen wir sehr gespannt sein.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Er hat mehr gelöst, als Sie denken!)

Worauf ich hinaus will: Der auf EU-Ebene ausgehandelte Kompromiss hat tatsächlich Schwächen, insbesondere die EU-Grenzverfahren. Die müssen endlich die Regel sein, nicht die Ausnahme. Beschleunigte Verfahren bei Herkunftsländern mit geringer Anerkennungsquote müssen auch endlich die Regel sein, nicht die Ausnahme. Und es muss beschleunigt werden. Grenzverfahren müssen nicht innerhalb von Monaten, sondern innerhalb von Tagen durchgeführt werden. Dann hätten wir auch eine Minimierung der menschlich oft schwierigen Folgeprobleme, wenn nach Tagen klar ist, ob eine Bleibeperspektive da ist oder nicht. Dann haben wir viele Folgeprobleme nicht. Die Dublin-III-Verfahren müssten endlich verlässlich funktionieren. Dazu gehört auch die Zurückweisung an der deutschen Grenze von bereits Registrierten.

Das Herauspicken der Überstellungsfristen mag für AfD-Sprech erfreulich einfach und damit für ihre Propagandazwecke einleuchtend sein, aber es ändert überhaupt nichts an der Grundproblematik. Es gefährdet sogar diesen sehr fragilen EU-Kompromiss, wenn man dieses Paket wieder aufschnürt. Wenn Sie schon von den Urlaubsländern reden: Es war nicht Italien oder Polen, sondern es waren Ampel-Politiker, auch die Bundesinnenministerin, die 2023 nur Stunden nach dem ausgehandelten EU-Kompromiss diesen in Teilen schon wieder infrage gestellt und kritisiert haben. Deswegen bin ich gespannt, ob unsere Ampel-Regierung beim EU-Gipfel tatsächlich irgendetwas erreichen kann.

Worauf will ich hinaus? – Besser wäre etwas ganz anderes, nämlich diesen europäischen Kompromiss zu beschleunigen und konsequenter und schneller umzusetzen, beschleunigte Grenzverfahren endlich tatsächlich anzupacken und vor allem mit Asylbewerbern, die bereits in einem EU-Land registriert worden sind, finanziell endlich anders umzugehen. Das muss sich grundsätzlich ändern. Wer nicht nach den Dublin-Regeln in das Land zurückgeht, wo er schon registriert worden ist, der sollte weitestgehend von staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden. Denn wenn klar ist: Wer

kein Recht auf Bleibe hier hat, wer woanders seinen Asylantrag verfolgen kann, wer keine Perspektive hat, für den sollte tatsächlich "Brot, Bett und Seife" gelten, meine Damen und Herren.

(Ferdinand Mang (AfD): Oh, AfD-Sprech!)

Das ist das eine. Das BAMF sagt schon wieder: Wahrscheinlich wird das für die meisten nicht zum Tragen kommen, sondern nur dort, wo es rechtlich und tatsächlich möglich ist. – Entschuldigung, wo eine Einreise möglich ist, muss sowohl tatsächlich als auch rechtlich aus meiner Sicht auch eine Ausreise und Rückreise möglich sein. Das sind all die Dinge, an denen man arbeiten sollte und an denen auch unsere Bundesregierung selbstverständlich arbeiten sollte. Sie tut es. Darauf, ob sie etwas erreicht, bin ich sehr gespannt.

Aber man sollte hier nicht den Eindruck erwecken, wir würden das Dublin-Verfahren durch den Wegfall von irgendwelchen Fristen substantiell irgendwie stärken. Das ist schlicht und einfach Unsinn. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Taşdelen das Wort. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die AfD fordert, die Übernahmefristen im Dublin-Verfahren ersatzlos zu streichen. Sie möchte damit angeblich das Asylchaos beenden und die Migration nach Deutschland stärker regulieren.

Doch hinter diesem Vorschlag verbirgt sich ein gefährliches Spiel mit den Grundwerten unserer europäischen Zusammenarbeit und unserem Verständnis von Solidarität und Menschlichkeit. Anstatt Fristen zu streichen, müssen wir die Reform des europäischen Asylsystems vorantreiben. Genau das leistet der Kompromiss, den die Bundesinnenministerin ausverhandelt hat. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem – GEAS –

wird die Verteilung der Schutzsuchenden in Europa deutlich gerechter machen. Die Lösung liegt in einer fairen Verantwortungsverteilung, nicht in der Abschaffung von Fristen. Der Antrag der AfD zielt nicht auf eine Verbesserung des Systems ab. Er zielt darauf ab, das Misstrauen gegenüber der EU zu verstärken.

Wir als SPD stehen für eine verantwortungsvolle, humane und solidarische Asylpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa zusammenarbeitet, anstatt sich untereinander gegenseitig auszuspielen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von CSU, den FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.